



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 14. Januar 2026

5695. 2025/67

Postulat von Martin Busekros (Grüne), Dr. Jonas Keller (SP) und Sophie Blaser (AL) vom 26.02.2025:
Überarbeitung der Treueprämie für die Angestellten der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Busekros (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4317/2025): Wir nehmen ein oft an uns herangetragenem Anliegen auf: die komische Handhabung der Treueprämie der Stadt. Vor mehr als einem Jahr ärgerten sich die Gewerkschafter*innen über die Handhabung von Arbeitsunterbrüchen in Bezug auf die Treueprämien. Diese führen nämlich dazu, dass eine Auszeit zu einem Neustart der geleisteten Arbeitsjahre führt. Das können wir beheben, indem wir die Treue den Angestellten kumulativ statt ununterbrochen anrechnen. Ausserdem fordern wir, dass die erste Treueprämie bereits nach 5 Jahren statt wie bisher nach 10 Jahren ausgestellt wird. So erhoffen wir uns, dass wir für ehemalige Angestellte Anreize für eine Rückkehr setzen.

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. März 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Sie sprechen immer wieder vom Fachkräftemangel. Je mehr Zuwanderung wir haben, umso grösser wird dieser. Das ist logisch begründbar. Die Nachfrage nach städtischen Dienstleistungen und damit nach leistender Arbeitskraft wächst mit der Zuwanderung. Nur ein Drittel der zugewanderten Menschen arbeitet in der Privatwirtschaft. Die anderen zwei Drittel brauchen wir nicht. Die können wieder nach Hause. Kurz vor den Wahlen geht es um das nächste Geschenk, das Sie verteilen wollen. Das ist durchschaubar. Die Stadt hat andere Probleme. Es ist für die Demokratie gefährlich, wenn so viele Wähler vom Staat abhängig sind.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Jonas Keller (SP): Das Wort «ununterbrochen» in Artikel 62 Absatz 1 des Personalrechts stört uns an der momentanen Treueprämie der Stadt Zürich. Nur wer – mit sehr wenigen Ausnahmen – ohne Pause für die Stadt gearbeitet hat, kommt in den Genuss einer Treueprämie. Wenn eine Person nach 6 Jahren aus beruflichen oder privaten Gründen die Stadt als Arbeitgeberin verlässt, dann aber nach 2 Jahren wieder zurückkehrt, werden die vorhergehenden 6 Jahre und damit die Erfahrung mit dem Betrieb der



Stadt nicht berücksichtigt. Das ist nicht fair. Im Zweifelsfall, ob man wieder eine Stelle bei der Stadt annehmen soll, wird die Stadt durch die aktuelle Regelung nicht attraktiver. Der Kanton macht das besser, da die Dienstjahre vor dem Unterbruch angerechnet werden – wenn auch nicht eins zu eins. Die Forderung ist nicht revolutionär. Die kumulative Treueprämie setzt für erfahrene Mitarbeitende den Anreiz, ihr Wissen wieder für die Stadt einzusetzen. Dass die erste Treueprämie nach 5 Jahren ausgeschüttet werden soll, positioniert die Stadt als attraktive Arbeitgeberin und reduziert Abgänge in den ersten 5 Jahren.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und dem vorliegenden Thema habe ich nicht mitgeschnitten, Samuel Balsiger (SVP). Treueprämien sind in der Privatwirtschaft weit verbreitet. Dabei geht es um den Ausdruck der Wertschätzung, dass eine Person sich schon lange für einen Arbeitgeber einsetzt. Daher haben wir kein Problem damit. In der Privatwirtschaft werden die Dienstjahre oft kumuliert. Das sehen wir entspannt und stimmen zu. Ob man die Treueprämie schon nach 5 Jahren erhalten soll, ist fraglich. Aus unserer Sicht ist das nicht notwendig, da städtische Angestellte nicht zum Prekariat gehören, das als erstes gefördert werden muss. Darum schlagen wir vor, die kumulative Treueprämie zu prüfen, aber die Periodenverkürzung zu verwerfen. Neu würde das heissen: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Treueprämie für die Angestellten der Stadt Zürich überarbeitet werden kann. Dabei sollen die Anzahl Dienstjahre kumulativ berechnet werden».

Michele Romagnolo (SVP): Die vorgeschlagenen Änderungen bezüglich Treueprämie sind problematisch. Dienstjahre trotz Unterbrüchen zusammenzurechnen, ist ein Fehlreiz. Wer seine Stelle nur unterbricht, um später in einer besser bezahlten Position wieder einzusteigen, würde damit belohnt werden. Das widerspricht dem Grundgedanken der Treueprämie, die Loyalität und Kontinuität ehren soll. Zweitens wird eine Treueprämie beansprucht, die in der Privatwirtschaft nicht existiert oder nur aus «Goodwill» gegeben wird. Diese Prämie ist eine freiwillige Anerkennung und keine Pflichtleistung. Eine frühere Anerkennung oder grosszügigere Auszahlung ist daher sachlich nicht begründet. Der Vorschlag eines Treueurlaubs ist kaum sinnvoll. Für viele Mitarbeitende in niedrigen Funktionsstufen ist ein unbezahlter Urlaub nicht machbar. Zusätzliche Alternativen schaffen vor allem Bürokratie, ohne dass es echtem Nutzen entspricht. Nicht zuletzt macht das Postulat den Eindruck, dass es vor allem darum geht, Einzelnen Vorteile zu verschaffen, statt eine systematische Verbesserung für alle Mitarbeitenden zu erreichen.

Karin Stepinski (Die Mitte): Es gibt gute Gründe, einen Arbeitgeber zu verlassen und wiederzukehren, Michele Romagnolo (SVP), bspw. bei einer Familienpause. Die Die Mitte/EVP-Fraktion ist mit der Kumulierung der Dienstjahre einverstanden. Mit der Treueprämie nach 5 Jahren haben wir Mühe. Die städtischen Angestellten haben bereits heute gute Arbeitsbedingungen. Die Treueprämie bereits nach 5 Jahren auszuschütten, ist zu viel. Die Stadt konkurriert mit ihren sehr guten Arbeitsbedingungen private Unternehmen bspw. im Pflegebereich. Gerade gemeinnützige Alterszentren haben grosse Mühe, Arbeitskräfte auf dem hart umkämpften Markt zu finden. Darum unterstützen wir die Textänderung der FDP und lehnen das Postulat ohne die Textänderung ab.



Serap Kahrman (GLP): Dass es die Treueprämie geben soll, stellen wir nicht infrage. Sie darf nicht isoliert betrachtet werden und ist Teil eines sehr guten Gesamtpakets, das die Stadt ihren Mitarbeitenden bietet. In Betrachtung dieses Gesamtpakets können wir an der bisherigen Regelung festhalten. Mit der Textänderung hätten wir das Postulat angenommen. Die Kürzung der Treueperiode finden wir nicht nötig.

Samuel Balsiger (SVP): Der FDP-Sprecher bat mich, den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Fachkräftemangel zu erklären. Die Nachfrage nach städtischen Dienstleistungen und damit nach leistender Arbeitskraft wächst mit der Zuwanderung. Daher resultiert der Fachkräftemangel und das muss auf Bundesebene angegangen werden. Sie sprechen nur von Staatsangestellten, deren Leben verbessert werden soll. Reichen Sie Vorstösse für die Privatwirtschaft ein, damit bspw. die Bürokratie reduziert werden kann. Doch das tun Sie nicht, weil Ihre Klientel beim Staat arbeitet. Den Staatsangestellten soll es gut gehen, aber die Privatwirtschaftsangestellten sollen weniger durch den Staat gegängelt werden. In den letzten Jahrzehnten nahm die staatliche Einmischung in die Privatwirtschaft stark zu. Kümmern Sie sich um die, die den Laden am Laufen halten und streichen Sie unnötige Regelungen. Staatsausbau ist Wohlbstandsausbaugleichzusetzen.

Sophie Blaser (AL) ist mit der Textänderung nicht einverstanden: Die Forderung nach einer Treueprämie stellten wir auch, da es teilweise nicht möglich ist, durchgehend bei der Stadt zu arbeiten; wenn man bspw. eine befristete Stelle und keine Anschlussmöglichkeit bei der Stadt hat. Betroffene Personen fühlen sich dadurch verschmäht, besonders da andere Gemeinden und der Kanton bessere Regelungen haben. Die Jahre bis zur Ausschüttung der Treueprämie haben sich in einer Sparrunde von 5 auf 10 Jahre erhöht. Wir sehen nicht ein, wieso wir an dieser Sparrunde festhalten sollen. Wir brauchen Personal, darum unterstützen wir diesen Vorteil. Die Textänderung nehmen wir nicht an.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die Stadt ist auch ohne dieses Postulat eine attraktive Arbeitgeberin. Das zeigen alle Rückmeldungen, wenn das Gesamtpaket betrachtet wird. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Die Mobilität der Angestellten zwischen Arbeitgebenden hat sich verändert, auch wenn sich einige daran stossen. Den Punkt mit der ununterbrochenen Treueprämie nehmen wir auf. Die Reduktion auf 5 Jahre kann ich nicht garantieren, das ist eine Kostenfrage und wird den Betrieben sauer aufstossen.

Martin Busekros (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das Postulat wird mit 62 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat